

# Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die Sitzung des Betriebsausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	<b>Montag, 11.02.2008</b>
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im Beratungsraum der Stadtwerke, Schwarzer Weg 5,

---

**Anwesend waren:**

Vorsitzende

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Stadtrat Henry Niestroj

Stadtrat Rudolf Quack

Stadtrat Wolfgang Tylsch

Die Linke

Stadtrat Klaus Krause

Fraktion der SPD

Stadtrat Manfred Ertelt

Fraktion der FWG

Stadtrat Danny Kregel

Vertreter der Stadtwerke

Herr Andreas Kunze

Frau Irmtraud Schmidt

Verwaltung

Herr Matthias Mohs

Frau Marlis Simon

**Es fehlten:**

Fraktion des Bürgerblocks

Stadtrat Michael Wojna

**Gäste:** 1 Vertreterin der Presse (MZ)

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

**Protokoll:**

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**  
 Frau Berlin eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.  
 Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	9	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**  
 Auf das Mitwirkungsverbot wurde hingewiesen.

3. **Diskussion zum Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtwerke Coswig (Anhalt)**  
**Frau Berlin** erläuterte den Mitgliedern des Betriebsausschusses den Grund dieser Sondersitzung | Der Wirtschaftsplan 2008 weist eine problematische Entwicklung auf (Unterschiede zwischen Plan 2007 und Ist 2007). Außerdem ist im Plan bis 2011 immer ein Defizit ausgewiesen. Es muss ein Ausgleich erzielt werden, da ansonsten der Ausgleich durch den Stadthaushalt geschaffen werden muss.  
**Herr Mohs** gab einige Erläuterungen zum angefügten Beiblatt mit den Übersichten der Planzahlen bis 2011 für die 5 Sparten der Stadtwerke. Er führte aus, dass sich, wie daraus ersichtlich ist (bis auf den Bereich Trinkwasser und Flämingbad) die Bereiche auch in der Zukunft untereinander ausgleichen können. Im Bereich Trinkwasser muss aus seiner Sicht zwingend gehandelt werden. Beim Flämingbad muss eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden, da Bäder prinzipiell als defizitär eingeschätzt werden müssen.  
 Bei der Planung wurde prinzipiell konservativ, das heißt dem Gebot der Vorsicht folgend, vorgegangen. Es wurden auf der Einnahmeseite nur Sachen berücksichtigt, die z. B. vertraglich vereinbart sind. Natürlich bemühten sich die Stadtwerke auch weiterhin um zusätzliche Aufträge von Dritten, z. B. um den Auftrag für die Bewirtschaftung der Grünanlagen bei der Wohnungsbaugesellschaft mbH und um Leistungen in den Gemeinden. Daraus erzielbare Einnahmen sind jedoch aus Vorsichtsgründen noch nicht in die langfristige Planung (bis 2011) eingeflossen. Nachfolgend werden alle relevanten Zahlen der einzelnen Bereiche durch ihn erläutert.  
**Herr Ertelt** führte an, dass sowieso niemand bis 2011 eine verlässliche Aussage treffen kann. Er bat um kurze Erläuterung der Zahlen des Beiblattes (Zahlen ohne Minus = Gewinn und Zahlen mit Minus = Verlust?).

Bereich Fernwärme

**Herr Mohs** erläuterte, dass als Grundlage beim Planansatz des Jahres 2007 der Verbrauch 2006 veranschlagt wurde. 2007 war jedoch ein außergewöhnlich warmer Winter, so dass geplante Umsatzerlöse von rund 50.000,00 € nicht realisiert werden konnten. Im Plan 2008 wurde, dem Gebot der Vorsicht folgend, der Ver-

brauch der MWh unter dem Verbrauch des Jahres 2007 angesetzt. Jedoch sollte eine Neukalkulation des Abgabepreises erfolgen, damit die Gefahr eines erneut warmen Winters und somit eines geringen Verbrauches, eingedämmt werden kann.

**Herr Ertelt** führte an, dass eine Neukalkulation angestrebt werden muss, da die Preise für die Anlagen, Personal und Energie ständig steigen und nicht im voraus kalkulierbar sind. Der Preis für die MWh muss ständig angepasst werden (Erhöhung, ggf. aber auch Senkung).

**Herr Quack** äußerte, dass die geplanten 360.000,00 € Umsatzerlöse ohne Neukalkulation schwer realisierbar sind, falls die Wintermonate wieder warm sind, da die Fixkosten geblieben sind. Er sprach sich auch für eine Erhöhung der MWh aus. Eine Neukalkulation fand bei allen Mitgliedern des Betriebsausschusses Zustimmung. Herr Tylsch gab an, dass eine Erhöhung von 10 – 15 % einkalkuliert werden kann.

**Herr Krause** meinte, dass bei den bezogenen Kosten im Jahr 2006 eventuell die Fixkosten nicht eingerechnet worden sind.

#### Bereich Fähre

**Herr Mohs** führte an, dass im Jahr 2007 mehr Umsatzerlöse entstanden sind, als eingeplant waren. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Fähre kaum stillgelegt werden musste (z. B. Hochwasser). Da man mit diesen „idealen Voraussetzungen“ nicht in jedem Jahr rechnen kann, wurde aus diesem Grund für das Jahr 2008 ein geringerer Betrag bei den Umsatzerlösen in Ansatz gebracht. Für die im Jahr 2011 erforderliche Landrevision wurden im Finanzplan (S. 14) 45.000,00 € eingestellt (2008 – 2010 jeweils 15.000,00 €).

**Herr Ertelt** betonte, dass man froh sein kann, wenn - bei allen bekannten Schwierigkeiten und Problemen - die Fähre kein Minus einfährt. Jedes Plus muss für die Revision angesammelt werden.

**Frau Simon** merkte an, dass im Ergebnis 2011 kein Minus von 45.000,00 € sein kann und die Auflösung fehlt.

**Frau Schmidt** erklärte, dass dieses ein buchungstechnisches Problem darstellt. Sie weiß nicht, wie diese Auflösung im Verwaltungshaushalt dargestellt werden soll.

**Herr Kregel** meinte dazu, dass bei der G u. V-Rechnung die Bilanzkonten angesprochen werden (Bildung Rückstellung).

#### Bereich Stadtwirtschaft

**Herr Mohs** zeigte anhand des Wirtschaftsplanes auf, dass es im Bereich Stadtwirtschaft gelungen ist, die Gesamtleistung gegenüber dem Plan 2007 um 70.500 € zu steigern.

Dieses ist durch zusätzliche Aufträge (z. B. Roßlau), Prioritätenliste sowie durch die in Eigenleistung durchgeführten Baumaßnahmen begründet. Da die Baumaßnahme in der Rosenstraße/Breitscheidstraße abgeschlossen ist, sind die Gesamtleistungen für 2008 wieder etwas geringer veranschlagt.

Das eigentlich gute Ergebnis nach unten gezogen und negativ bemerkbar hat sich jedoch gemacht, dass im Gegenzug zur erhöhten Gesamtleistung, ein nicht planbarer Mehraufwand für erforderlich gewordene Reparaturen (ca. 30.000 €) eingetreten ist, da die Arbeitsmaschinen und Geräte höheren Belastungen ausgesetzt waren. Erschwerend hinzu kam, dass im gleichen Zug zusätzlich noch Mehraufwendungen (z. B. Mieten für den Ersatzbagger für das Bauvorhaben in der Rosenstraße/Breitscheidstraße) eingetreten sind. Diese waren nicht zu vermeiden, um den gesamten Bauablauf der Maßnahme nicht zu gefährden und um mögliche Baubehinderungsanzeigen von anderen, am Bau beteiligten Unternehmen, zu verhindern.

**Herr Quack** führte an, dass es trotz allem eine positive Entwicklung ist, dass die

Gesamtleistung 2007 höher ist, als im Plan veranschlagt. war. Er führte an, dass der Materialaufwand deutlich angestiegen ist.

**Herr Mohs und Herr Kunze** begründeten dies damit, dass der Mehraufwand z.T. aufgrund der schon erwähnten zusätzlichen Aufträge angestiegen ist. diese waren zum großen Teil sehr materialintensiv → z. B. Straßenbeleuchtung Roßlau. Aber auch Aufträge aus der Prioritätenliste haben oftmals einen relativ hohen Materialanteil.

**Herr Ertelt** stellte fest, dass die Abschreibungen (AfA) im voraussichtlichen Ist 2007 fast doppelt so hoch sind, wie im Plan 2007 veranschlagt.

**Herr Mohs** sagte, dass dies leider ein Schreibfehler im alten Plan sei, der unterlaufen ist und den niemand festgestellt hat.

**Frau Simon** sagte, dass bei den Leistungen im Jahr 2008 der Wegfall der Straßenbeleuchtung in Dessau-Roßlau berücksichtigt wurde.

**Herr Quack** informierte, dass im Zuge des Bleileitungsprogrammes im Jahr 2007 in Eigenleistung 67 Hausanschlüsse erneuert wurden. Für das Jahr 2008 sind 90 Hausanschlüsse geplant. Das Ergebnis würde sich verbessern, wenn noch mehr Hausanschlüsse erneuert werden könnten.

**Herr Mohs** stimmte dem zu, gab aber zu bedenken, dass durch die Auflage vom Gesundheitsamt auch in diesem Jahr der Wasserturm in Coswig saniert werden muss. Dies erfolgt aus Kostengründen ebenfalls durch Eigenleistung. Selbstverständlich werden die Stadtwerke alle Anstrengungen unternehmen, um mehr Hausanschlüsse zu schaffen und somit die Einnahmen zu erhöhen.

**Herr Ertelt** betonte, dass aus seiner Sicht zwingend eine Abgrenzung zwischen den Bereichen Trinkwasser und Stadtwirtschaft erfolgen muss.

**Frau Simon** merkte an, dass sich die erhöhte Eigenleistung durch die Stadtwirtschaft in der Baumaßnahme Rosenstraße auf der Einnahmeseite positiv niederschlägt.

**Herr Mohs** erläuterte, dass durch die innerbetriebliche Verrechnung im Jahr 2007 (rund 180.000 €) Vermögenswerte geschaffen wurden.

**Herr Kregel** stellte die Frage, welche Leistungen die Stadtwirtschaft nach dem Abschluss des Bleileitungsprogrammes ab 2013 erbringen kann.

**Herr Mohs** führte an, dass man, vor oder spätestens nach Abschluss der Arbeiten im Rahmen des Bleileitungsprogrammes die Situation analysieren und überlegen muss, was soll, kann und muss durch die Stadtwirtschaft erbracht werden.

**Frau Berlin** betonte, dass man sich darüber schon jetzt Gedanken machen müsse.

**Herr Tylsch** vertrat die Meinung, dass es jetzt noch zu früh sei, um über die Gegebenheiten im Jahr 2013 nachzudenken. Verlässliche Prognosen sind für ein, max. für zwei Jahre im voraus möglich.

**Herr Ertelt** schloss sich dem an. Er betonte, dass die AfA-Gelder für die Ersatzbeschaffung in den Objekten bestimmt sind, in denen die AfA anfällt (z. B. AfA Wasserwerk nicht für Leitungen einsetzen).

#### Bereich Flämingbad

**Herr Mohs** erläuterte die Einnahme- und Ausgabesituation und den Saisonverlauf im Flämingbad. Er stellte heraus, dass das Flämingbad trotz aller Bemühungen und Anstrengungen immer ein Bereich sein wird, der nicht ohne Zuschüsse des Aufgabenträgers auskommen wird, da die betriebswirtschaftlichen Risiken (Abhängigkeit vom Wetter) einfach nicht auszuschließen und kalkulierbar sind. Fixkosten (z. B. Personal, Wasserproben) sind nun mal da. Herr Mohs sieht als einzige Möglichkeit, die Fixkosten etwas zu senken, nur noch die Öffnungszeiten für das Flämingbad außerhalb der Schulferien zu minimieren.

**Frau Simon** gab zur Kenntnis, dass die Stadt bereits 30.000,00 € trägt.

**Herr Quack** betonte, dass das Flämingbad leider nicht mehr so gut besucht wird (durch weniger Kinder, Abwanderung, Einbau von Pools, etc.) Dadurch ist neben

dem Wetter der Umsatzrückgang erklärbar. Diese belastet das Ergebnis der Stadtwerke.

**Herr Ertelt** führte aus, dass es sich beim Flämingbad um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt. Man müsse genau überlegen, ob man sich diese freiwillige Aufgabe noch leisten will oder überhaupt noch leisten kann.

**Frau Berlin** bat darum, das jedes Ausschussmitglied dazu bis zur nächsten Sitzung Vorschläge unterbreitet.

**Herr Krause** gab an, dass in Vorbereitung der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2008 eine Entscheidung getroffen werden muss, die in den Plan mit einfließt.

#### Bereich Trinkwasser

**Herr Mohs** ließ ein Beiblatt verteilen und erläuterte den Wasserverbrauch 2007. Er beläuft sich auf 357.177 m<sup>3</sup>. Gegenüber dem Jahr 2006 ist der Verbrauch im Jahr 2007 damit um 26.242 m<sup>3</sup> rückläufig. Gegenüber der Kalkulation sind es 7.627 m<sup>3</sup>. Das Hauptproblem dabei ist, dass bei dem Verbrauchsrückgang der Aufwand nahezu gleichgeblieben ist. Da letztendlich Aufwand geteilt durch Menge gleich Preis ist, klafft eine Lücke in der auf dem Beiblatt aufgezeigten Höhe. Aus Sicht des Eigenbetriebes muss eine Neukalkulation erfolgen, um wieder kostendeckende Einnahmen zu realisieren. Außerdem können weitere Verbrauchsrückgänge in den Folgejahren nicht ausgeschlossen werden.

**Frau Berlin** bat auch hierzu alle Mitglieder des Betriebsausschusses, in Vorbereitung der Beschlussfassung des WP und des Haushaltes der Stadt im März, Vorschläge zu unterbreiten. Die Zeit drängt.

**Herr Kregel** merkte an, dass die Gewerbeansiedlung (z. B. Netto) bei einer Neukalkulation beachtet werden sollte.

**Herr Ertelt** gab zur Kenntnis, dass am morgigen Dienstag sowieso mit einem Urteil des OVG, Bezug nehmend auf die Rechtmäßigkeit der Gebührenstaffelung, zu rechnen ist. Es muss eventuell sowieso neu kalkuliert werden.

Abschließend regte die Ausschussvorsitzende noch einmal an, dass jedes Mitglied des Ausschusses über jeden Bereich der Stadtwerke bis zur nächsten Sitzung Optimierungsvorschläge unterbreitet.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde 18:25 Uhr durch Frau Berlin geschlossen.

**Frau Berlin** informierte, dass der Bereich Trinkwasser im nicht öffentlichen Teil besprochen wird (unter Ausschluss der Öffentlichkeit). Sie fragte ob es Einwände dazu gibt, da ein nicht öffentlicher Teil in der Einladung nicht vorgesehen war. Bei den Ausschussmitgliedern gab es dazu Zustimmung.

Coswig (Anhalt), den 14.02.2008

Berlin  
Bürgermeisterin

Wöhler  
Protokollantin